



## Newsletter

*März 2017*

Liebe Leserin, lieber Leser,

60 Jahre Römische Verträge gilt es in diesem Jahr zu feiern, im Straßburger Parlament hängt ein entsprechend großes Ankündigungsbanner und die Vorbereitung für die Feierlichkeiten laufen. Aber in die Freude über dieses Jubiläum mischt sich berechtigte Sorge über die Zukunft der Europäischen Union, die gerade viele Herausforderungen zu bewältigen hat. Die Verhandlungen zum „Brexit“ stehen mit dem für Ende März angekündigten Brief der britischen Premierministerin May unmittelbar bevor, noch „angereichert“ durch das angekündigte Referendum zum „Austritt vom Austritt“ der schottischen Regierungschefin Sturgeon.

Der Vormarsch der nationalistischen Europaskeptiker konnte zwar bei den Wahlen in den Niederlanden gebremst werden, aber jetzt blicken alle nach Frankreich, wo Marine le Pen auf Stimmenfang ist. Immerhin hat Trumps Wahlsieg zu mehr Besinnung auf die Errungenschaften der EU und mehr Willen zum Schulterschluss bei den Mitgliedstaaten geführt. Und die Kommission hat ihr Weißbuch zur Zukunft der EU vorgelegt.

Im Parlament ging es u.a. um Kreislaufwirtschaft und Waffenrecht - mehr dazu in diesem Newsletter.

Mit herzlichen europäischen Grüßen!

# Inhalt

## I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

60 Jahre Rom-Verträge: Starke Plädoyers für Europa	Seite 3
Änderung des Waffenrechts: Verhandlungsergebnis habe ich abgelehnt	Seite 3
Maut: Europaparlament lehnt Vorschlag der Kommission ab	Seite 4
Kreislaufwirtschaft: Parlament bestätigt Verschärfung der Recyclingziele	Seite 4
Fischereipolitik: Weg frei für bessere Datensammlung	Seite 5
Ab in die digitale Zukunft - breiteres Funkspektrum ermöglicht 5G Revolution	Seite 5
Verordnung zu Quecksilber	Seite 6
Eine europäische Strategie für die Arktis	Seite 6
Ein Jahr nach Brüsseler Anschlag - Parlament debattiert über europäische Sicherheitsstrategie	Seite 6

## II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Verfügbarkeit von Arzneimitteln: Industriekritik statt konstruktiver Lösungen für Patienten	Seite 8
Fünf Szenarien: Kommissionspräsident Juncker präsentiert „Weißbuch“ im Parlament	Seite 8
Starke Frauen für eine starke Gesellschaft	Seite 9
European Shipping Week: Redeauftritte zur Offshore-Windenergie und Hafeninfrastruktur	Seite 10
Searica-Event zu Motorways of the Sea	Seite 10
Podiumsdiskussion zur Innovation in der Binnenschifffahrt	Seite 10
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:	Seite 11

## III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Besucherguppe im EU-Parlament in Straßburg	Seite 12
Geesthacht: Küstenbeobachtungssystem COSYNA und "Uhrwerk Ozean"	Seite 12
Beim besten Willen - ganz ohne Tierversuche geht es auch in Zukunft nicht!	Seite 12
Archiv des Liberalismus - alles andere als langweilig!	Seite 13
Lotsen auf Nord-Ostsee-Kanal und Elbe: jedes Revier ist anders!	Seite 13
Ein medizinischer Informationsmanager im EU-Parlament? (Bericht von Thiess Lorenz)	Seite 14

## IV. Europa unter der Lupe

Beratende Organe der EU	Seite 15
-------------------------	----------

## V. Terminvorschau

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **60 Jahre Rom-Verträge: Starke Plädoyers für Europa**

Zwei Wochen nach der Vorstellung des "Weißbuchs" der Kommission wurden die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum 60-jährigen Jubiläum der Rom-Verträge vorgestellt. Eigentlich sollte das Hauptaugenmerk auf einer neuen Erklärung zur Zukunft der EU liegen, doch nach den Ereignissen zwischen der Türkei und den Niederlanden kam niemand an diesem Thema vorbei. Parlamentspräsident Tajani (EVP), Kommissionspräsident Juncker (EVP) und auch der Ratspräsident Tusk (EVP) sprachen den Niederländern ihre Unterstützung aus: Wer eine europäische Demokratie angreife, greife alle europäischen Demokratien an. Zudem sei es unverständlich, dass Präsident Erdogan ausgerechnet dem marokkanisch-stämmigen Rotterdamer Bürgermeister, der in den Niederlanden als "Gesicht der Integration" bekannt ist, Faschismus vorwarf. Rotterdam sei die Stadt von Erasmus und solch ein Verhalten wolle man in Europa nicht akzeptieren. Ähnliche Reaktionen zeigte man zu den Nazivergleichen gegen die Bundesregierung. Unser liberaler Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt ging noch einen Schritt weiter und sagte, dass alle Reden und Auftritte türkischer Repräsentanten abgesagt werden sollten, bis nicht alle inhaftierten europäischen Journalisten in der Türkei wieder frei seien. Auch der liberale tschechische Vizepräsident des Parlaments Pavel Telicka sagte, dass man die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden müsse und über eine alternative Partnerschaft nachdenken solle.

Wie soll also das zukünftige Europa aussehen? Mit dieser Frage hatte sich der europäische Rat beschäftigt und wollte daher auf drei wesentliche Aspekte eingehen: Freihandel und wirtschaftliche Beziehungen Europas, eine gemeinsame Strategie für Immigration und die Sicherung der Außengrenzen der EU. Sowohl Tusk und Juncker als auch der extra angereiste italienische Premierminister Gentiloni hielten im Parlament starke Plädoyers für ein gestärktes und geeintes Europa. Dabei bekräftigten alle, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten kein Europa der zwei Klassen sei. Tusk sagte dazu, wer alles einfach nur schnell machen will, sollte es alleine machen. Wer langfristig handeln wolle, müsse dies zusammen tun. Auch der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten Gianni Pitella sagte, dass Europa immer noch stark sei, selbst wenn es zerbrechlich und schwach wirke. Wenn es nun geeint sei, könnte man unvorstellbares erreichen. Europa muss sich mit all seinen Errungenschaften nicht verstecken. Wenngleich die momentane Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem ist, spiegeln Freiheit, Frieden und Solidarität in Europa die Ergebnisse der EU wider. Hierzu merkte meine Kollegin Gabi Zimmer von den Linken an, dass es die EU auch widerspiegeln, dass weder Ratspräsident, Kommissionspräsident, Europaparlamentspräsident oder das eingeladene Staatsoberhaupt hier eine Frau seien. Man sollte die Verträge von Rom auch nutzen um diese Ungleichheit für die Zukunft anzugehen.

Eine breite Einigkeit bestand hingegen beim Thema, dass man mehr EU für die Einwanderungspolitik braucht. Beim Thema mehr EU meldete sich Verhofstadt erneut mit seinen Vorschlägen für einen europäischen Finanz- und Währungsminister und betonte ebenso, dass die EU eine gemeinsame Armee brauche. Es sei an der Zeit, dass sich Europa selbst verteidigen könne. Mit dieser Forderung konterte er auch die Kritik von Donald Trump. Ein weiterer Schwerpunkt sind die wirtschaftlichen Perspektiven der EU. Das Parlament fordert hier, dass die EU eine stärkere Rolle in der Globalisierung übernimmt. Nach CETA will die EU den freien und fairen Handel weiter fördern und empfängt daher nächste Woche den japanischen Premierminister Abe zu Gesprächen über ein Freihandelsabkommen. Wie geht es nun weiter? Zum Jubiläum der Römischen Verträge wollen die Vertreter der EU eine Erklärung unterschreiben, wie sie das Europa der Zukunft gestalten wollen. Diese sollen dann auch Aufschluss über die richtungsweisenden Entscheidungen der EU geben.

### **Änderung des Waffenrechts: Verhandlungsergebnis habe ich abgelehnt**

Das Europaparlament hat das Verhandlungsergebnis zwischen den europäischen Institutionen für eine Richtlinie zur Änderung der Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen verabschiedet. Es legt fest, dass halbautomatische Waffen in Kombination mit Magazinen, die über eine bestimmte Kapazität verfügen, verboten werden. Zudem wird der Geltungsbereich des Gesetzes auf Waffen ausgeweitet, die dauerhaft unschädlich gemacht wurden. Sportschützen müssen nachweisen, dass sie regelmäßig an

Wettkämpfen teilnehmen, ohne dass spezifiziert wird, was 'regelmäßig' bedeutet, und bestimmte Magazine dürfen nicht mehr genutzt werden.

Unter dem Deckmantel der Terrorabwehr hat die Europäische Kommission durch die Hintertür Verbote eingeführt. Die Einschränkung des gesetzeskonformen Besitzes von Waffen ist eine Einschränkung der Freiheitsrechte. Es ist vollkommen unlogisch, dass dem illegalen Waffenbesitz auf Kosten legalen Waffenbesitzes begegnet werden soll. Statt die ungehinderte Zirkulation illegaler Waffen in der EU und den Terrorismus zu bekämpfen, wird der legale Waffenbesitz als Hauptproblem identifiziert. Neue Verbotskriterien für halbautomatische Waffen sollen in Kombination mit bestimmten Magazinen eingeführt werden, aber wie wird das in der Praxis kontrolliert? Statt Klarheit werden Grauzonen geschaffen. Menschen, die das Schießen sportlich ausüben, wird das Leben erschwert. Sportschützen und Jäger leisten durch ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit, im Umwelt- und Tierschutz einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und sind völlig falsche Adressaten dieses Gesetzes. Sportschützen müssen jetzt nationale Regierungen für ihren Sport um Erlaubnis fragen. Einmal mehr wird ein altbekannter Fehler begangen: Mehr Regeln bedeuten nicht automatisch mehr Sicherheit.

Das Gesetz hätte durchaus Potenzial gehabt, eine Verbesserung bei der Terrorbekämpfung auf europäischer Ebene herbeizuführen. In einigen Ländern ist das nationale Waffenrecht unzureichend und müsste angepasst werden. Ein besserer Informationsaustausch zwischen Behörden über illegalen Waffenbesitz, klare Regeln für Deaktivierung und Umbau von Waffen und Bekämpfung der Schwarzmärkte hätten ebenfalls einen deutlichen Mehrwert gebracht und wären der richtige Weg gewesen.

### **Maut: Europaparlament lehnt Vorschlag der Kommission ab**

Das Europäische Parlament hat festgestellt, dass die Abmachungen zwischen der deutschen Regierung und der Europäischen Kommission zur Maut europarechtswidrig sind. Die Maut, beziehungsweise deren Erstattung in Abhängigkeit von der Nationalität der Zahler, stellt eine unzulässige Diskriminierung dar und ist abzulehnen. Dies gehört zu den Kernpunkten der verabschiedeten Resolution über die Zustimmung der Europäischen Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen.

Das System von Minister Dobrindt würde zu viel Bürokratie führen und den Binnenmarkt beschädigen. Das kann nicht in Deutschlands Interesse sein, denn gerade in Deutschland profitieren viele Regionen von einem unkomplizierten täglichen Grenzverkehr. Es werden zudem immer neue Zweifel laut, ob das Projekt von Minister Dobrindt überhaupt Geld einbringt, da die Kosten für die Schaffung des notwendigen bürokratischen Apparats hoch wären und ja auch „Umweltboni“ bezahlt werden sollen. Mautsysteme sollten EU-weit zusammenarbeiten und gefahrene Kilometer als Berechnungsgrundlage gelten. Das wäre ideal. Fahrer sollten zukünftig zwar für die Nutzung von Straßen bezahlen sollen, aber nach dem „Nutzer- und Verschmutzer-Prinzip“. Das Parlament fordert die Kommission auf, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie zur Eurovignette in diesem Jahr vorzulegen.

### **Kreislaufwirtschaft: Parlament bestätigt Verschärfung der Recyclingziele**

Die europäischen Ziele für das Recycling von Abfall und Verpackungsmaterialien sollen verschärft werden und die Regeln zur Ermittlung der Quoten präzisiert. Dies bestätigte am Dienstag das Plenum des Europäischen Parlaments. Ich bin mit den Forderungen einverstanden, da die Trennung von Abfall, Sammlung und Wiederverwertung wichtig ist. Nur so können Verbrennung und Deponierung verhindert und in der Zukunft weitgehend beendet werden. Dies kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten und den Verbrauch von Rohstoffen senken. Allerdings sollte eine Änderung der Ziele nicht willkürlich erfolgen, sondern auf der Basis einer gründlichen Folgenabschätzung und unter Einbeziehung aller Umweltfaktoren. Wichtig ist allerdings auch, den Mitgliedstaaten auf die Sprünge zu helfen, die bei der Wiederverwertung von Abfällen weit hinter den Zielen liegen!

Kernforderung ist eine Verschärfung des Ziels für Recycling von Haushaltsabfall in der EU auf mindestens 70% bis 2030 im Vergleich zu 65%, wie von der Kommission vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde der Vorschlag der Kommission bestätigt, die Methode für die Messung der erreichten Recyclingquote

europaweit klarer zu regeln, um allzu freie Interpretation durch Mitgliedstaaten zu beenden. Die Ziele für Verpackungsmaterialien sollen ebenfalls verschärft werden. Das ist ein wichtiger Schritt, da die Ermittlung der Recyclingquoten klarer geregelt werden muss, damit auch tatsächlich Recycling gemessen wird und nicht zum Beispiel Verbrennung. In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr kreativ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt. Diese Klarstellung muss nun in der Verhandlung mit dem Rat verteidigt werden.

Als Präsidentin der Intergroup „Seas, Rivers, Islands und Coastal Areas“ ist mir weiterhin wichtig, dass die Verschmutzung der Meere bis 2025 um 30% und bis 2030 um 50 % verringert werden soll. Das Meer ist als Lebensraum, für Energie, Rohstoffe und Tourismus, aber auch aus klimapolitischer Sicht sehr bedeutsam. Es ist dringend erforderlich, dessen Verschmutzung zu reduzieren. Im Gesetz wird auch ein Ziel zur Verhinderung von Lebensmittelverschwendung (30% bis 2025 und 50% bis 2030) erwoogen und die Kommission aufgefordert, die Einführung dieses Zieles zu analysieren und vorzubereiten.

Die Maßnahmen für das Erreichen der Ziele werden im Wesentlichen durch die Mitgliedstaaten entschieden, das Parlament gibt Empfehlungen ab. Sobald die Mitgliedstaaten im Rat eine gemeinsame Position fassen, können die Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission im Trilog beginnen.

### **Fischereipolitik: Weg frei für bessere Datensammlung**

Das Europaparlament hat den Weg für ein einheitliches europäisches Verzeichnis für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor sowie für den Austausch von Informationen freigemacht. Wichtige Punkte sind, dass nicht gewerbsmäßige Fischerei besser integriert werden soll, damit besser beobachtet werden kann, wie dies sich auf die Fischbestände auswirkt. Im Rahmen besserer regionaler Zusammenarbeit sollen nicht länger einzelne Treffen, sondern ein kontinuierlicher Prozess stattfinden, der für jedes Meeresgebiet von regionalen Koordinierungsgruppen geleitet wird. Es wird somit ein Ziel der Gemeinsamen Fischereipolitik umgesetzt, den Mitgliedstaaten und Regionen mehr Verantwortung zu übertragen und die Endnutzer besser in die Datenerhebung einzubinden.

### **Ab in die digitale Zukunft - breiteres Funkspektrum ermöglicht 5G Revolution**

Die EU blickt in die digitale Zukunft - endlich. Bessere Koordinierung, Zugang zu wichtigen Funkfrequenzen und der Übergang zum 5G-Standard sollen ab 2020 den Zugang zu Breitbandinternet auch in ländlichen Gebieten ermöglichen. Dies sieht der Beschluss von Parlament und Rat zur Nutzung des 700-MHz-Frequenzbandes vor, der letzte Woche vom Parlament bestätigt wurde. Schnelles Breitbandinternet und der 5G-Standard sind ein Schlüssel für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Außerdem bietet sie Nutzern auch in ländlichen Gebieten eine bessere und schnellere Netzanbindung und den Zugang an mehr Dienste und bessere Leistungen.

Das Internet der Dinge, Industrie 4.0, die Cloud und Mobilfunkdienste, aber auch vernetzte Autos und E-Verwaltung sollen sich durch die erhöhte Datenkapazität rascher entwickeln können. Der Beschluss sieht vor Frequenzen von 694 bis 790 MHz - das sogenannte 700-Mhz-Band - für schnelle mobile Datenübertragung freizugeben, um zusätzliche Breitband-Kapazität und eine bessere Reichweite vor allem für ländliche und abgelegene Gebiete zu schaffen. Außerdem soll es eine EU-weite Einheitlichkeit bei der Zuteilung von Frequenzen geben und Zugangsbedingungen sollen harmonisiert werden, um Funkstörungen entlang der Grenzen zu beseitigen und Roaming zu vereinfachen. Darüber hinaus soll bis 2030 die Nutzung des Frequenzbandes unter 700 MHz langfristig für die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste gesichert werden. Die EU Mitgliedstaaten haben bis zum 30. Juni 2020 Zeit, das 700-MHz-Band für drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste zugänglich zu machen. Sie können diese Frist bis zu zwei Jahre auf Grundlage gut begründeter Gründe verzögern.

## **Verordnung zu Quecksilber**

Die Woche begann mit einer Debatte um die Quecksilber-Verordnung. Verabschiedet wurde das Verhandlungsergebnis zwischen Rat und Parlament. Ziel des Gesetzes ist, den Einsatz des bekanntermaßen hochgiftigen Quecksilbers bei Herstellungsprozessen und in Produkten zu reduzieren und eine sichere Abfallentsorgung zu erreichen. Ich finde es gut, dass künftig Dentalamalgam für Kinder, stillende Mütter oder Schwangere nicht mehr zum Einsatz kommen soll. Es soll auch überprüft werden, inwieweit es möglich ist, die Verwendung von Quecksilber bei Zahnbehandlungen ganz einzustellen. Leider ist ein Detail nicht beachtet worden: Durch das in der Verordnung enthaltene Exportverbot wird die Herstellung von homöopathischen Arzneimitteln, in denen Quecksilber in geringen Mengen teilweise unentbehrlich ist, verkompliziert. Einige deutsche Hersteller produzieren auch in der Schweiz und führen die Arzneimittel dann wieder nach Deutschland ein. Ich habe mich zusammen mit Kollegen im Umweltausschuss dafür eingesetzt, dass der Export zur Verwendung in Homöopathika weiter möglich bleibt, doch das wollte der Rat nicht. Jetzt müssen Produktionsprozesse umstrukturiert werden, damit die entsprechenden Therapien auch in Zukunft möglich sind.

## **Eine europäische Strategie für die Arktis**

Die Arktis steht vor großen sozialen, ökonomischen und umweltpolitischen Herausforderungen. Hierzu hat das Parlament am Mittwoch eine Entschließung in Form einer Strategie verabschiedet. Ich unterstütze diese Strategie, da sie die Bedeutung der Arktis in Bezug auf das Weltklima und den Schutz der Umwelt und der Ökosysteme unterstreicht. Allerdings ging der Bericht beim Thema Öl- und Gas-Bohrungen zu weit. Ein komplettes Verbot zu fordern wäre aus Sicht der Unabhängigkeit von russischen Importen ökonomisch und sicherheitspolitisch falsch, daher haben wir uns gegen ein solches Verbot positioniert. Die Strategie ist jedoch lediglich eine Stellungnahme und somit rechtlich nicht bindend.

## **Ein Jahr nach Brüsseler Anschlag - Parlament debattiert über europäische Sicherheitsstrategie**

Kommenden Mittwoch jähren sich die Anschläge in der Brüsseler U-Bahn und am Flughafen zum ersten Mal, bei denen insgesamt 32 Menschen ums Leben kamen und mehr als 300 verletzt wurden. Anlässlich dieses Ereignisses debattierte das EU-Parlament einerseits über die künftige europäische Sicherheitsagenda, erinnerte andererseits aber auch an die Opfer und rief zu Solidarität mit den Angehörigen und den Verletzten auf.

Was sind also die Lehren, die es aus den Anschlägen der vergangenen Zeit zu ziehen gilt und was die Herausforderungen bei der stärkeren Einbindung der EU in die Sicherheitspolitik? Klar ist hier für uns, dass definitiv weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, um Europa endlich in die Lage zu versetzen, proaktiv zu handeln und nicht immer nur reagieren zu müssen. Die Bürger werden sich von Europa abwenden, wenn es beim Thema Sicherheit nur zusehen kann.

Insbesondere der Austausch von Daten zwischen nationalen Geheimdiensten muss hierbei ein zentrales Anliegen sein, wie ebenso die Stärkung einer europäischen Koordinierung der Sicherheitsbehörden und deren bessere grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hierüber wurde im Parlament viel geredet, denn Kriminalität kennt bekanntlich keine Grenzen!

Klar ist für uns jedoch auch, dass wir für unsere Sicherheit nicht jeden Preis zahlen dürfen. Ich beobachte leider immer mehr die Tendenz, dass vorschnell Sicherheitsmaßnahmen vorgeschlagen werden, die allerdings keinen wirklichen Nutzen mit sich bringen. Mehr Daten zu sammeln bedeutet nicht automatisch mehr Sicherheit! Gerade die vorgeschlagene Fluggastdatenspeicherung ist für mich wenig effektiv in der Bekämpfung des Terrorismus und obendrein noch ein massiver Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger. Ähnliches gilt auch für das kürzlich verschärfte Waffenrecht der EU, das aus meiner Sicht sein Ziel verfehlt und keinen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus darstellt.

Es müssen verhältnismäßige Maßnahmen ergriffen werden, statt in Aktionismus zu verfallen. Statt über das mögliche Ende des Schengen-Abkommens nachzudenken und damit eine der zentralen Errungenschaften der EU in Frage zu stellen, muss ein besserer Schutz der Außengrenzen erreicht

werden. Ebenso sollte es Konsens sein, die Finanzierungsquellen des internationalen Terrorismus so schnell wie möglich auszutrocknen. Europa kann sicherheitspolitisch schon Einiges in Bewegung bringen, ohne massiv in die Grundrechte seiner Bürger einzugreifen.

## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Verfügbarkeit von Arzneimitteln: Industriekritik statt konstruktiver Lösungen für Patienten**

Den Initiativbericht des Parlaments über die Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern hatten wir vor einiger Zeit im Ausschuss verabschiedet und er stand wieder am 2. März auf der Tagesordnung. Damit ist der Initiativbericht beschlossen. Bei der Abstimmung konnten wir noch einige „Schönheitskorrekturen“ vornehmen. Allerdings bin ich vom Ergebnis trotzdem eher enttäuscht. Der Bericht war eine Gelegenheit, konstruktive Lösungen zu erkunden, um die Verfügbarkeit bezahlbarer Arzneimittel auf der einen und die Innovationskraft der Hersteller auf der anderen Seite sicherzustellen. Diese Gelegenheit wurde leider verpasst. Stattdessen wurde dieses wichtige Thema insbesondere von Grünen und Linken einseitig für Kritik an Pharmaherstellern missbraucht und auch noch gefordert, den Mitgliedstaaten die Preisgestaltung abzusprechen.

Die Preisgestaltung für Arzneimittel bleibt aber jedem einzelnen Mitgliedsstaat überlassen und ist keine Kompetenz der EU. Der Bericht enthält einige Passagen, die auf sogenanntes Pharmaindustrie-Bashing abzielen. Es wird leider zu oft vergessen, dass Forschung und Entwicklung sehr teuer sind und immer das Risiko besteht, dass neue Medikamente nicht wirken oder keine Zulassung bekommen. Das muss über erfolgreiche Neuentwicklungen gegenfinanziert werden. Gegen Eingriffe in nationale Kompetenzen bei der Preisbildung habe ich mich daher gewehrt. Es sind letztendlich auch die Pharma-Hersteller, die investieren und viel Geld in Entwicklung neuer Produkte stecken, immer mit dem Risiko, dass ein Medikament die klinischen Prüfungen, die sehr teuer und langwierig sein können, verfehlt oder keine Zulassung bekommt und somit umsonst investiert wurde.

Der Initiativbericht, der vom Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedet worden ist, beinhaltet auch berechnete Forderungen nach Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen Geldern, zur Vermeidung von Engpässen bei der Versorgung mit Medikamenten und zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zum Wohle der Patienten. Die Position des Parlaments ist allerdings nicht bindend.

### **Fünf Szenarien: Kommissionspräsident Juncker präsentiert „Weißbuch“ im Parlament**

Mit Spannung erwartet kam es am 01. März im Plenum zur Generaldebatte über die künftige Ausrichtung der EU. Dabei standen insbesondere die Ankündigungen von Jean-Claude Juncker zum neuen Weißbuch der EU-Kommission im Fokus der Aufmerksamkeit. Er betonte mehrfach, dass es zukünftig darum gehen solle, klarzumachen, was Europa leisten könne und was nicht. So müsse auch im Hinblick auf den Brexit auf eine gemeinsame Vision der anderen 27 Mitgliedstaaten hingearbeitet werden. Außerdem solle doch endlich mit dem unnötigen „EU-Bashing“ aufgehört werden - eine Forderung die ich nur voll und ganz unterstützen kann!

Lange war auf das neue Weißbuch der Kommission gewartet worden, und schnell wurde klar, dass man sich auf Seiten der Kommission nicht für einen konkreten Weg entscheiden wollte. Stattdessen stellte Juncker fünf mögliche Szenarien für die Union vor. Von einem reinen „Weiter so“, bis zum derzeit viel diskutierten „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ bot er mehrere mögliche Szenarien an. Dabei deutete der Kommissionspräsident aber an, dass er den Rückzug der EU auf eine reine Wirtschaftsunion nicht akzeptieren werde. Auch die Option, sich auf einige wenige Politikbereiche zu konzentrieren und in diesen nachdrücklich mehr zu kooperieren, liegt auf dem Tisch, wie letztendlich auch die Möglichkeit, die Europäische Integration als Ganzes in allen Bereichen voranzutreiben.

Aus meiner Sicht hat es die Kommission hier verpasst, eine klare Richtung vorzugeben und stattdessen versucht, es allen Mitgliedsstaaten irgendwie Recht zu machen. So gesehen ist der Vorschlag für das neue Weißbuch ziemlich mutlos ausgefallen. Umso erleichterter bin ich, dass Jean-Claude Juncker keine Zweifel daran gelassen hat, dass er persönlich die Szenarien vorzieht, die eine stärkere politische Kooperation beinhalten. Gerade in diesen Zeiten ist es unerlässlich, für Europa einzustehen und seine Vorteile und Werte nach außen hin mutig zu verteidigen!



## **Starke Frauen für eine starke Gesellschaft**

Es war nie so gut, eine Frau in Deutschland zu sein wie im Jahr 2017. Am internationalen Weltfrauentag am 8. März gab es deshalb viele Gründe zu feiern! In Deutschland liegt die Arbeitslosigkeit der Frauen unter der der Männer, die Frauen schneiden in der Schule besser ab, und der Frauenanteil im Bundestag sowie im Europaparlament liegt bei 37%. Auch hat Deutschland Möglichkeiten für die Kinderbetreuung seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts stark ausgebaut, weshalb sich die Quote in diesem Zeitrahmen auch verdoppelt hat. Der Anteil der Väter, die in Deutschland Elternzeit nehmen, liegt bei etwa 27 Prozent, was im Vergleich zu anderen EU-Ländern sehr hoch ist. Beides treibt die Beschäftigungsquote der Frauen nach oben.

Trotz dieser Erfolge muss aber immer noch viel getan werden, bevor wir volle Gleichstellung zwischen Männern und Frauen erreichen. Denn wenn wir uns an das aktuelle Fortschrittempo halten, kann es noch weitere 70 Jahre dauern, bis es zum Beispiel zu einer gleichen Bezahlung kommt. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Deutschland stagniert und bleibt unter dem EU-Schnitt. Gleichstellungsfragen werden auch in Bereichen wie Verkehr, Digitales oder Verteidigung zu wenig angesprochen und bleiben ein Thema für Bereiche wie Soziales, Familie und Personalentwicklung. Laut Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung (EIGE) von 2015 beträgt die Gleichstellung der Geschlechter in der EU 52,9 von 100 Punkten, was nur einer Steigerung um 1,6 Punkte seit 2005 entspricht. Somit hat es fast keine Fortschritte in diesem Bereich gegeben! Es kommt noch schlimmer: Angaben von Eurostat zufolge hat sich das Geschlechtergefälle, das durchschnittlich in der EU bei 16,5 % liegt, in einigen Mitgliedstaaten in den letzten 5 Jahren sogar noch verstärkt. Es ist auch beschämend, dass es überhaupt noch zu frauenfeindlichen Äußerungen kommen kann.

In diesem Sinne freut es mich, dass das Europäische Parlament letzte Woche für drei Berichte gestimmt hat, die sich mit der Geschlechtergleichheit auseinandersetzen. Seit Gründung der EU ist die Gleichstellung von Männern und Frauen ein zentrales Anliegen unserer Anstrengungen und in den Verträgen verankert.

Einer der Berichte fordert, den Haushalt der EU proaktiver und gezielter zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen. Denn obwohl Gleichstellung in mehreren EU-Programmen gefördert wird und das Thema Gegenstand von vielen Richtlinien ist, die von der EU erlassen worden sind, fehlt im 2014-2020 Haushalt eine klare Gender-Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen. Für zu weitreichend halte ich allerdings die Forderung, Projektförderung grundsätzlich von Gleichstellungskriterien abhängig zu machen.

Ein zweiter Bericht zum Stand der Gleichberechtigung in der EU fordert eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, z.B. mehr Vaterschaftsurlaub und Gesetzgebung, um geschlechtsspezifische Gewalt besser zu bekämpfen. Außerdem sollen unsere hart erkämpften sexuellen und reproduktiven Rechte und Gesundheit geschützt werden. Verstärkte Koordinierung verschiedener bereits auf EU-Ebene verfügbarer Instrumente ist dabei ein wichtiges Element.

Der dritte Bericht zielte darauf ab, Diskriminierung beim Zugang zu Waren oder Dienstleistungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Schwangerschaft und Mutterschaft zu beseitigen. Frauen werden beim Zugang zu Dienstleistungen wie dem Versicherungswesen oft benachteiligt, im öffentlichen Verkehr und Räumen kommt es zu Belästigungen und Frauen werden aufgrund von Schwangerschaft benachteiligt. Wir müssen ein stärkeres Bewusstsein für Geschlechtergleichheit entwickeln.

Jenseits der Politikgestaltung bin ich der Meinung, dass wir auch im täglichen Leben aktiv auf gleiche Rechte für Männer und Frauen achten sollten, und dass auch Frauen sich gegenseitig mehr unterstützen und fördern sollten. In erster Linie geht es doch darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Frauen ebenso wie Männer, Mädchen wie Jungen ihr Leben selbst bestimmen, ihre Talente voll entfalten und sich nach eigenen Wünschen in die Gesellschaft einbringen können.

## **European Shipping Week: Redeauftritte zur Offshore-Windenergie und Hafeninfrastruktur**

Alle zwei Jahre steht in Brüssel eine Woche lang alles im Zeichen der „Shipping Week“. Unter Schirmherrschaft des europäischen Reederverbands werden Workshops, Seminare, Diskussionen und Konferenzen rund um Themen organisiert, die den Sektor gerade bewegen. Besonders interessant ist ein halbtägiger Workshop am Ende der Woche, in dem Mitarbeiter der europäischen Institutionen mit Geschäftsleuten aus der Schifffahrt über die derzeitigen Herausforderungen sprechen. Ich war bei zwei Veranstaltungen aktiv: Zum einen habe ich über die Zukunft der europäischen Offshore-Windkraft diskutiert und dabei vor allem meine Erfahrungen als Berichterstatteerin bei der maritimen Raumplanung einfließen lassen. Zum zweiten habe ich über die Balance zwischen nachhaltiger Schifffahrt und einer gesunden maritimen Wirtschaft gesprochen. Die Nachfrage in der Schifffahrt steigt rasant und wir müssen den Rahmen dafür setzen, dass es langfristig so bleiben kann. Dafür brauchen wir die richtigen Investitionen, zum Beispiel in der Hafeninfrastruktur, wenn es darum geht, Abfälle und giftige Flüssigkeiten von Bord zu schaffen. Hier gibt es selbst im vergleichsweise wohlhabenden Norden noch großen Nachholbedarf.

## **Searica-Event zu Motorways of the Sea**

Nicht nur Straßen und Schienen verbinden den europäischen Wirtschaftsraum, auch die Schifffahrt spielt dabei eine wichtige Rolle. Deswegen gibt es nicht nur eine Initiative für die Entwicklung von Verkehrskorridoren quer über den europäischen Kontinent hinweg, sondern auch für die Schifffahrt, die sogenannten Motorways of the Sea (MoS). Am 7. März habe ich gemeinsam mit meinem französischen Kollegen und Vorsitzenden des Fischereiausschusses, Alain Cadec, eine Veranstaltung der Searica-Intergroup zu diesem Thema mit großer regionaler Relevanz organisiert. Häfen spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Entwicklung und Anbindung peripherer Küstenregionen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Atlantis-Initiative, welche eine engere Verknüpfung des englischen Hafens Liverpool mit dem französischen Brest und dem spanischen Leixos anstrebt. Vor 60 Teilnehmern diskutierten Vertreter der verschiedenen Häfen und Europaabgeordneten aus Madeira und Irland mit dem MoS-Koordinator Brian Simpson über den Aus- und Aufbau dieser Seeverkehrskorridore. Ich habe lange mit Brian Simpson in seiner früheren Funktion als Vorsitzendem des Verkehrsausschusses zusammengearbeitet und so war die Veranstaltung eine gute Gelegenheit, sich in neuer Konstellation erneut über die Bedeutung der Schifffahrt auszutauschen. Als MoS-Koordinator betonte er dabei einerseits, dass die Mittel der EU begrenzt sind und es dementsprechend entscheidend von den Mitgliedstaaten selbst abhängt, in welche Häfen sie investieren wollen. Die EU kann hier nur unterstützend tätig werden, wenn es um eine bessere Zusammenarbeit der europäischen Häfen geht, wie im Fall der Atlantis-Initiative. Genau hier liegt aber das große Problem der maritimen Gemeinschaft. Während die nationalen Regierungen ein großes Interesse an einem Ausbau des Schienennetzes haben, da sie in der Regel Haupteigner der nationalen Bahnbetriebe sind, ist die Lage bei den Häfen deutlich komplexer. Einige sind teilprivatisiert, andere wiederum werden von den Städten selbst oder Regionen betrieben. Hinzukommt, dass es die europäischen Häfen nicht schaffen, mit einer Stimme zu sprechen. Die Häfen betrachten sich untereinander vorwiegend als Konkurrenten und außerdem gibt es ein großes Misstrauen zwischen Hafenbetreibern und Schiffseignern. So aber ist es kaum möglich, weitere Finanzmittel für diesen Bereich zu gewinnen, obwohl der Küstenhandel ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

## **Podiumsdiskussion zur Innovation in der Binnenschifffahrt**

Als Berichterstatteerin für Berufsqualifizierung in der Binnenschifffahrt und als Politikerin, die sich seit Längerem für den Sektor einsetzt, habe ich unter anderem mit dem Generaldirektor der Europäischen Kommission für Verkehr, dem Esten Henrik Hololei, zur Innovation im Binnenschifffahrtssektor Stellung bezogen. Fakt ist, dass in dem Sektor großes Potenzial schlummert, denn diese Verkehrsnetze sind nicht ausgelastet und es können große Mengen an Gütern relativ umweltschonend transportiert werden. Das ist ein großes Plus. Nur: Das muss nicht immer so bleiben. Auch in anderen Sektoren ist gewaltiges Innovationspotenzial und beispielsweise LKWs der Zukunft werden auch umweltfreundlicher. Das Problem im Binnenschifffahrtssektor ist, dass Schiffe - sobald einmal erworben - manchmal über 100 Jahre fahren können. Da kann man nachträglich schlecht innovative Anpassungen vornehmen. Umso wichtiger ist es,

dass eine klare Strategie existierende Innovationen jetzt fördert, damit sich Unternehmen einstellen können und die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Ich mache mich dafür stark, dass vorhandene Gelder für diese Zwecke besser bereitgestellt werden, denn das passiert viel zu selten. Das Geld ist da, doch es muss richtig eingesetzt werden. Außerdem müssen die Potenziale des Sektors deutlich gemacht werden, denn zurzeit fristet er noch zu sehr ein Nischendasein. Laut Herrn Hololei sieht die Kommission das ähnlich, man darf gespannt sein, was sich bewegt.

**Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:**

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz; EASA
- Demnächst im Trilog: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

### *III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"*

#### **Besuchergruppe im EU-Parlament in Straßburg**

Jedem Abgeordneten des Europäischen Parlaments steht es frei, Besuchergruppen ins Parlament einzuladen, um ihnen einen Einblick in die politische Arbeit und hinter die Kulissen des Parlaments zu gewähren. Während der "Straßburg-Woche" im März habe ich mit dem Leitungsteam meines ehemaligen Landtagskollegen Wolfgang Hermann aus Northeim eine besondere Besuchergruppe eingeladen, meinen politischen Alltag mitzuerleben. Nach einer Stadtführung durch Straßburg und einem kulinarischen Empfang in der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft haben wir gemeinsam mehrere Stationen im Parlament durchlaufen. Der Rundgang durch die wesentlichen Parlamentsgebäude endete für die Besuchergruppe in meinem – dafür eigentlich zu engen - Büro im Winston-Churchill-Gebäude (alle unsere Gebäude tragen ja die Namen großer Europäer). Es folgte ein kurzes Florgespräch auf englisch mit meinen niederländischen ALDE-Kollegen Matthijs van Miltenburg. Anschließend haben wir gemeinsam an der Fraktionssitzung teilgenommen, bei welcher die Positionen der ALDE zu den aktuellen Berichten und Abstimmungen diskutiert wurden. Unter der Leitung vom Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt wurden dann Themen wie Kreislaufwirtschaft, Lebensmittelverschwendung oder der Bericht zur Reformierung des Waffengesetzes und unsere Positionierung dazu behandelt. Nachdem die Fraktionssitzung abgeschlossen war, gab es in einem kleinen Tagungsraum im Louise Weiss Gebäude dann die Möglichkeit für Fragen und Anmerkungen rund um meine Arbeit im Parlament, bevor es auf die Besuchertribüne ging, um den Start der Plenarsitzung hautnah zu erleben. Fehlen durfte dann natürlich auch nicht das Foto vor den Flaggen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Abgerundet wurde der Tag mit einem gemeinsamen Abendessen in einem typischen Straßburger Restaurant. Ich freue mich schon auf die nächste Besuchergruppe!

#### **Geesthacht: Küstenbeobachtungssystem COSYNA und "Uhrwerk Ozean"**

"Der Zustand unserer Meere und Ozeane ist an unseren Küsten erkennbar" - stimmt! Bei meinem Besuch der Helmholtzgesellschaft im Forschungszentrum Geesthacht ging es zunächst um das Küstenbeobachtungssystem COSYNA. Es gibt eine starke Wechselwirkung zwischen Land (auch über Flüsse und Bodeneinträge) und Meer. Dass die Gesundheit unserer Meere und Ozeane - die in keinem guten Zustand sind! - entscheidend durch unser Verhalten beeinflusst wird, ist zwar allgemein bekannt. Wenn wir aber mehr über die genauen Auswirkungen erfahren wollen, brauchen wir eine kontinuierliche Beobachtung und Auswertung der Veränderungen an unseren Küsten, sei es durch Klimawandel, Versauerung oder Verschmutzung. Konsequenzen aus den Erkenntnissen zu ziehen ist dann Aufgabe für die Politik und entsprechend oft Thema in meiner Meeresgruppe ([www.searica.eu](http://www.searica.eu)). Bei einem Rundgang durch die Hallen konnte ich nicht nur diverse Glider, Bojen und Messeinrichtungen bestaunen, sondern auch ein Spezial-Schnellboot für das Projekt "Uhrwerk Ozean". Das Geesthacher Institut forscht auch an den sich ständig ändernden Meeresstrudeln, die für die künftige vermehrte Nutzung der Potentiale der Ozeane nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. So wird beispielsweise beim Bau eines neuen Offshore-Windparks immer auf Schweinswale und Vogelflug geachtet, nicht aber auf mögliche Auswirkungen auf Meeresstrudel - das muss sich ändern! Um darauf aufmerksam zu machen, hat die Helmholtz-Gesellschaft einen transportablen Pavillon bauen lassen, in dem man bequem vom Liegestuhl aus in der Kuppel über sich durch einen 15-Minuten-Film faszinierende Einblicke in das Innere der Meere bekommen kann. Jetzt überlege ich, ob ich den Pavillon nicht nach Brüssel "einladen" kann...

#### **Beim besten Willen - ganz ohne Tierversuche geht es auch in Zukunft nicht!**

Seit dem europäischen Bürgerbegehren "Stop Vivisection" 2015, das ein sofortiges Verbot aller Tierversuche forderte, stehe ich mit Wissenschaftlern aus der medizinischen Forschung in Kontakt. Kürzlich ließ ich mich vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Immunologie (DGfI) bei einem Treffen in der Medizinischen Hochschule in Hannover auf den neuesten Stand bringen. Dabei wurde deutlich: auch Wissenschaftler möchten weitgehend auf Tierversuche verzichten. Ganz ohne geht es aber sowohl bei der medizinischen Grundlagenforschung als auch bei der Forschung an neuen Therapien - für

Menschen und für Tiere -- nach wie vor nicht. Geforscht wird weit überwiegend an Mäusen und Ratten, nur in wenigen Ausnahmefällen an anderen Tieren wie z. Bsp. Affen. Und im Gegensatz zur Verlautbarung von Tierversuchsgegnern sind die Erkenntnisse auf den Menschen übertragbar: so sind beispielsweise Forschungsergebnisse aus Versuchen an Mäusen zur Bekämpfung des schwarzen Hautkrebses nachweislich direkt in der Humanmedizin anwendbar. Wenn wir Fortschritte bei der Bekämpfung von Krebs, Aids, Herzkrankheiten bei Kleinkindern und anderen schweren Erkrankungen erreichen wollen, dürfen wir den Wissenschaftlern nicht den Weg dazu verbauen. Bei der Genehmigung von Tierversuchen ist Deutschland übrigens in der EU mit Abstand am strengsten, ganz zu schweigen von den USA, China oder anderen Drittstaaten. Im letzten Jahr wurde beispielsweise in einem Bundesland nur ein Tierversuch mit Mäusen genehmigt, bei 15% gab es Rückfragen und 83% der Anträge blieben unbeantwortet, während in Portugal Anträge zu Versuchen mit Menschenaffen oft nach nur einem Monat die Erlaubnis bekamen. Mir liegt das Wohl der Tiere auch sehr am Herzen. Gerade Deutschland hat aber eine lange Tradition auf dem Gebiet medizinischer Forschung mit großartigen Erkenntnissen, die Kranken zu Gute kamen und viele Leben gerettet haben. Ich setze mich dafür ein, dass Wissenschaftler auch in Zukunft zum Wohle der Menschen bei uns forschen und arbeiten können.

### **Archiv des Liberalismus - alles andere als langweilig!**

"Archiv" klingt für mich ja irgendwie verstaubt, bürokratisch und nicht unbedingt interessant. Als ich kürzlich alte Aktenordner der Liberalen Frauen zum Liberalen Archiv in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach brachte, wurde ich eines Besseren belehrt: dort befindet sich eine illustre Sammlung von "Give-aways" aus diversen Wahlkämpfen (Gummienten, Bierdeckel, gelbe aufschraubbare Staffeleisen - ich weiß noch, die waren bei uns in Niedersachsen vor der Landtagswahl 2003 im Einsatz), alte Wahlplakate aus den Anfangszeiten der F.D.P. (damals noch mit "Pünktchen") mit für unseren heutigen Geschmack ungewöhnlichen Motiven und Slogans, gelbe Kaffeekannen mit blauer 18 drauf aus dem "Guidomobil", Koalitionsverträge und Schriftstücke mit Randnotizen bekannter politischer Größen, aber natürlich auch jede Menge bewegliche Regalwände mit unzähligen Aktenordnern. Nach der Wiedervereinigung musste ein Extraraum angebaut werden für die umfangreichen Sammlungen der vielen Ortsverbände der LDPD. Schade, dass ich nur auf dem "Durchflug" war - in diesen geschichtsträchtigen Räumlichkeiten (noch dazu mit netter Aussicht übers bergische Land) wäre mir so schnell nicht langweilig geworden!

### **Einblicke ins Lotsenwesen auf Nord-Ostsee-Kanal und Elbe: jedes Revier ist anders!**

Im Februar hatte ich endlich Zeit, die Arbeit eines Lotsen vor Ort kennen zu lernen. In Brunsbüttel empfing mich Kapitän Probst, Ältermann der dortigen Lotsenbrüderschaft. Bevor wir in der Schleuse aufs Schiff gingen, erfuhr ich bereits eine Menge über diesen speziellen Beruf: alle Lotsen müssen - nach heutigem Stand - ein Kapitänspatent besitzen und einige Jahre Erfahrung als Kapitän zur See vorweisen können, bevor sie die mehrmonatige Spezialausbildung für die jeweilige Einsatzregion absolvieren. Beim praktischen Einsatz als approbierter Lotse gibt es dann eine kontinuierliche Steigerung nach Schiffsgrößen - beginnend mit dem kleinsten Schiff -, bis die volle Einsatzfähigkeit vorliegt. Allerdings ist jeder Lotse nach absolvierter Ausbildung von Beginn an Vollmitglied der Lotsenbrüderschaft mit allen Rechten und Pflichten und auch gleicher Bezahlung. Die Brüderschaft hat ein gemeinsames Sozialsystem, in das alle einzahlen und das bei Krankheit, Altersversorgung oder Versicherungsfällen greift.

Da nicht nur in maritimen Berufen generell, sondern auch bei Lotsen Nachwuchsmangel herrscht, wird gerade das deutsche Seelotsgesetz überarbeitet mit dem Ziel, dass die Ausbildung auch unabhängig von einem Kapitänspatent erfolgen kann.

Eins gilt aber grundsätzlich: jedes der 7 Reviere an der deutschen Küste ist anders und erfordert eine maßgeschneiderte Ausbildung. So sind auf dem Nord-Ostsee-Kanal, den ich bei Mitfahrt bis Rendsburg auf einem Containerschiff kennenlernen durfte, besondere hydrographische Kenntnisse erforderlich. Denn im Gegensatz zu den "großen Schwestern" - Panama-Kanal und Suez-Kanal - gibt es auf dem Nord-Ostsee-Kanal Gegenverkehr: je nach Größe können sich bis zu 4 Schiffe gleichzeitig begegnen, das wirkt

sich logischerweise deutlich auf die Strömung aus und erfordert großes Geschick bei dem verantwortlichen Lotsen.

Ein paar Tage später erlebte ich unter fachkundiger Begleitung von Ältermann Kapitän Grandorff beim letzten Elbabschnitt und Einfahrt in den Hamburger Hafen auf einem Autotransporter ganz andere Bedingungen. Schwierig waren hier weniger die Strömungen als vielmehr der dichte Verkehr und der enge Wenderadius beim rückwärts "Einparken" an der vorgesehenen Liegestelle. Diese besonderen Herausforderungen erfordern bei großen Schiffen den Einsatz von 2 Lotsen, je einen an Backbord und einen an Steuerbord. Und die Elbe ist wegen unterschiedlicher Bedingungen ab Mündung in drei Reviere unterteilt: Elbe 1, Elbe 2 und Hafen Hamburg. Folglich sind wir auch vom Lotsenboot aus während der Fahrt über eine Außenleiter an Bord gegangen - bei ruhigem Wetter wie ich es vorfand sicherlich angenehmer als bei starkem Wind und entsprechendem Seegang.

Eine abschließende Bemerkung als Frauenpolitikerin: es spricht nichts dagegen, dass auch Frauen diesen Beruf ausüben. Tatsächlich sind in Deutschland aber vorläufig nur 2 Lotsinnen im Einsatz, beide auf der Elbe.

### **Ein medizinischer Informationsmanager im EU-Parlament? (Bericht von Thiess Lorenz)**

Diese Frage lag jedem auf der Zunge, der mich im Parlament nach meiner Ausbildung oder meinem Studium fragte. Was zunächst tatsächlich eher abwegig klingt, hat aber den Hintergrund, dass fast alle Vorschriften des Gesundheitssektors und der klinischen Forschung im EU-Parlament entschieden werden. Das schwarze Schaf unter den Praktikanten war ich damit allerdings keineswegs. Sogar Studenten der Kunstgeschichte gibt es bei Parlamentsabgeordneten.

Tatsächlich ist es aber so, dass es viele medizinisch relevante Fragen im Parlament gibt. Sei es für den Bericht zur Optimierung des Zugangs zu Arzneimitteln, der Gesundheitsgefährdung durch Cadmium in Düngemitteln oder auch der Benutzung von Quecksilberverbindungen in Zahnfüllungen. Darüber hinaus gibt es viele Veranstaltungen und Interessengruppen im Parlament, die sich mit medizinischen Themen befassen. Unter anderem konnte ich die "MEP heart group", die sich mit Herzkreislauferkrankungen beschäftigt, oder die "Brain, Mind and Pain"-Interessengruppe besuchen und an deren Veranstaltungen teilnehmen. Ein weiteres persönliches Highlight war eine Frühstücksveranstaltung mit dem maltesischen Gesundheitsminister Christopher Fearne, der die Herausforderungen und auch Möglichkeiten für die europäischen Gesundheitssysteme erörterte.

Für mich waren diese Veranstaltungen besonders reizvoll, da sie die Vielfältigkeit und einzelnen Facetten der EU aufzeigen. Dabei sind die politische und vor allem auch die inhaltliche Arbeit der EU eben weitaus mehr als nur 750 Politiker, die in einem Saal sitzen. Als Praktikant war aber auch genau dieser Saal ein besonderes Erlebnis. Von der Besuchertribüne aus die einzelnen Abgeordneten reden zu hören oder sie überhaupt zu finden, was bei einem so vollen Saal selbst mit Sitzplan nicht immer einfach ist, ist durchaus sehr spannend.

Gesine persönlich kennenzulernen hat viel Einblicke in die Arbeit der EU gewährt und auch viel Spaß gemacht. Ihre Aufgaben sind dabei genau so facettenreich wie die EU selbst. Teil der unterschiedlichen Ausschüsse oder auch bei den Veranstaltungen der Searica (Seas, Rivers, Islands, Coastal Areas) Intergroup zu sein, belebte das Praktikum ebenfalls ungemein.

Das Praktikum hat mir vor allem viel Verständnis gebracht - nicht nur Verständnis wie die EU auf den Gesundheitssektor einwirkt, sondern auch Verständnis für die EU und Europa selbst. Gerade auch in Deutschland hat das Image der EU über die letzten Jahre in der allgemeinen Wahrnehmung gelitten. Wer allerdings eine Woche in Brüssel oder Straßburg miterlebt, wird schnell feststellen, dass die allgemeine Wahrnehmung der EU den realen Abläufen nicht gerecht wird.

Ich bin für die Erfahrungen, die Erlebnisse und die Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten konnte und die ich kennenlernen durfte, sehr dankbar und hoffe alle irgendwann noch mal wiederzusehen.

## *IV. Europa unter der Lupe*

### **Beratende Organe der EU**

Die Europäische Union hat neben der Kommission oder dem Parlament Institutionen, die bei den Gesetzgebungsprozessen mitberaten.

Die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU, der sogenannte Ausschuss der Regionen, AdR, trägt dazu bei, den subnationalen Akteuren sowie Regionen, Bezirken, Gemeinden etc. im institutionellen System der EU eine Stimme zu geben. Ihre Sichtweise und Interessen in den Gesetzgebungsprozess mit einzubringen ist deshalb wichtig, weil 70% der EU-Regelungen auf regionaler Ebene umgesetzt werden. Damit sichergestellt wird, dass der AdR nicht übergangen wird, sind die anderen Institutionen verpflichtet den AdR vor einem Gesetzesvorhaben, das die Bereiche von regionalem oder lokalem Interesse berührt, zu konsultieren. Dazu beschließt der AdR Resolutionen oder Stellungnahmen im Plenum, in der er seine Meinung darstellt.

Die Arbeit des Ausschusses basiert auf drei Grundsätzen. Das ist zum einen das Subsidiaritätsprinzip, das im Übrigen für die gesamte Arbeit der Union gilt. Laut diesem Prinzip kann die EU nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können. Zudem soll die Arbeit transparent gestaltet werden, damit die Bürger sie verstehen und sich mit ihren Anliegen einfacher an die Institution wenden können. Darüber hinaus soll europäisch, national, regional und kommunal enger zusammengearbeitet werden.

Im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWS) sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen vertreten. Der Präsident repräsentiert die organisierte Bürgergesellschaft im politischen Gefüge der EU. In bestimmten von den EU-Verträgen vorgesehenen Fällen muss der Ausschuss von den anderen EU-Institutionen angehört werden und Stellung nehmen. Parlament, Rat oder Kommission können den Ausschuss auch freiwillig konsultieren. Darüber hinaus kann er zu allen Themen der EU Stellungnahmen veröffentlichen. Diese werden auf den EWS-Plenartagungen mit einfacher Mehrheit angenommen. Die Mitglieder setzen sich genauso wie beim AdR zusammen. Die Mitglieder arbeiten zusammen in verschiedenen Fachgruppen, die nach Themen geordnet sind.

Beide Ausschüsse setzen sich jeweils aus 350 Mitgliedern aus allen Mitgliedstaaten der Union zusammen. Im Falle des AdR hat jedes Land eine der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl an Sitzen. Die Mitglieder selbst sind Kommunal- und Regionalpolitiker und werden von den Regierungen der Mitgliedsländer vorgeschlagen, in Deutschland von den Landtagen. Den Mitgliedern steht ein Präsident vor, der aus deren Mitte für jeweils zwei Jahre gewählt wird und den Ausschuss leitet. Das Präsidium entwirft das politische Programm und erteilt Anweisung zur Umsetzung seiner Beschlüsse. Unklar ist hingegen, wer Mitglied im EWS werden kann. Zwar soll die Zivilgesellschaft repräsentiert werden, aber was genau darunter zu verstehen ist, ist nicht klar definiert. Allerdings gibt es auch hier eine Parallele zum AdR, denn die Mitglieder werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen.

## V. Terminvorschau

20.3.	Bremerhaven	Uni-Vorlesung zur Lebensmittelgesetzgebung der EU, Besuch im Fraunhofer IWES
20.-23.3.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe
23.3.	Hannover	"Brexit"-Diskussion Friedrich-Naumann-Stiftung
24.3.	Hannover	CEBIT-Rundgang, Rednerin im "Drohnen-Café"
24.3.	Braunschweig	FDP-Landesvorstand
25.-26.3.	Braunschweig	Landesparteitag und LVV mit Wahl der Bundestagsliste
27.-30.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
28.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz "Nordsee"
30.-31.3.	Brüssel	Teamklausur
3.-6.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion
7.4.	Hannover	Handwerkskammer-Gespräch

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: [info@gesine-meissner.de](mailto:info@gesine-meissner.de); Tel.: 05103-706637.

20. März 2017